



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in den vergangenen 10 Jahren wurden Sie durch das „Schönecker Parlament“ über die Politik in der Gemeindevertretung informiert. Sie wurden damit in die Arbeit Ihrer Parlamentarier einbezogen und konnten sich ein Bild machen, welche Anträge von Fraktionen oder Gemeindevorstand gestellt wurden und wie letztendlich darüber entschieden wurde.

Aus Kostengründen hat die rot-grüne Mehrheit in der Gemeindevertretung die Herausgabe und Verteilung des „Schönecker Parlaments“ zum Januar 2010 ersatzlos eingestellt.

Naturgemäß informiert die Presse nur auszugsweise über die Arbeit des Parlaments, eine umfassende Darstellung der politischen Ereignisse fehlt. Detailinformationen sind nur noch über die Homepage der Gemeinde erreichbar.

Die CDU möchte diese Lücke schließen und hat deshalb beschlossen, Sie in Zukunft selbst über die Geschehnisse in der Schönecker Politik auf dem Laufenden zu halten: Nach jeder Sitzung der Gemeindevertretung wird die CDU die wichtigsten Ergebnisse der Debatte zusammenfassen, bei Bedarf kommentieren und Ihnen die Ergebnisse in Form eines *Newsletters* zur Verfügung stellen. Um diesen regelmäßig zu erhalten, melden Sie sich bitte auf der Homepage der CDU-Schöneck an.

Viele von Ihnen werden jedoch die gedruckte Version einer digitalen Veröffentlichung vorziehen. Diesem Wunsch entsprechen wir gerne und haben uns deshalb entschlossen, allen interessierten Mitbürgern diesen Informationsbrief auf Wunsch in den Briefkasten zu werfen. Dazu bitten wir Sie uns Ihren Namen und Ihre Anschrift mitzuteilen. Dies kann per Post, per E-Mail oder telefonisch geschehen. Gerne nehmen wir Sie als Abonnent in unserer Verteilerliste auf.

Die heutige Ausgabe, die an alle Schönecker Haushalte verteilt wird, stellt einen Prototyp des zukünftigen „Schöneck - Parlament aktuell“ dar. Ziel ist, Sie allumfassend in ansprechender Form zu informieren. Gerne nehmen wir Ihre Anregungen und Ihre Verbesserungsvorschläge für zukünftige Ausgaben auf.

Ihr Konrad Jung
Fraktionsvorsitzender

Gemeindevertretung vom 25. Februar 2010 - Haushaltsberatungen 2010/2011

Anwesenheit: 36 von 37 Gemeindevertretern - Nach Fraktionen: SPD: 14 - Grüne: 5 - CDU: 14 - FDP: 3

Tagesordnung:

I. Mitteilungen des Gemeindevertretervorsitzenden

II. Mitteilungen des Gemeindevorstands

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 16. 2.2010 beschlossen, die im Bau befindliche Dreifeldsporthalle künftig „Erich-Simdorn-Halle“ zu benennen.

III. – VII. Erlass neuer Gebührenordnungen für:

- a) Altes Schloss
- b) Backhaus
- c) Bürgertreff
- d) Nidderhalle
- e) Dorfgemeinschaftshaus

Einer Erhöhung der Gebühren um rund 65 % wurde in allen Fällen zugestimmt.

Abstimmung: 35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

VIII. Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010/2011

Dem vom Gemeindevorstand vorgelegten Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010/2011 wird zugestimmt.

Abstimmung: 17 Stimmen dafür, 19 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen
(Anm.: die Abstimmung erfolgte nach Beratung der Änderungsanträge)

Folgende Änderungsanträge lagen vor:

1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP Beschluss eines singulären Haushalts für 2010

In der Überschrift zu § 1 der Haushaltssatzung wird die Jahreszahl 2011 gestrichen.

Die Gemeindevertretung beschließt keinen Doppelhaushalt, sondern einen singulären Haushalt nur für das Jahr 2010.

Abstimmung: 17 Stimmen dafür, 19 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

2. Antrag der CDU-Fraktion

Haushaltssatzung: Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Überplanmäßige Ausgaben gelten als unerheblich: (wenn)
Im Ergebnishaushalt bis zu 20% der im Budget bereitgestellten Mittel,
maximal 25.000 Euro.
(überschritten werden)
Im Finanzaushalt bis zu einem Betrag von 20 % der für eine Investition
bereitgestellten Mittel, maximal 25.000 Euro. (überschritten werden)
(Anm.: bisher 50.000 €)

Abstimmung: 17 Stimmen dafür, 19 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

3. Antrag der SPD-Fraktion

Schlüsselzuweisungen

Die Schlüsselzuweisungen sind so zu korrigieren, dass die ab dem
Jahr 2011 geplante Entnahme des Landes Hessen in Höhe von 400 Mio.
aus dem kommunalen Finanzausgleich nicht berücksichtigt werden. (Erhöhung der HH-Position um 285.000 Euro)

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

4. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP

Streichung der Ausgabepositionen im Bereich der freiwilligen Leistungen

- **Parlamentsessen:** die Kostenstelle wird um 900 € reduziert.
Änderungsantrag der SPD: die Verfügungsmittel des
Gemeindevertretervorsitzenden werden komplett gestrichen

Abstimmung Änderungsantrag:

18 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

(Anm.: mit Zustimmung zum Änderungsantrag wurde der Hauptantrag
gegenstandlos)

- **Mittel des Gemeindevertretervorsitzenden:** die Kostenstelle
wird um 1050 € reduziert.

Abstimmung: 17 Stimmen dafür, 19 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- **Weihnachtssendes Gemeindevorstands:** die Haushaltsstelle
wird um 250 € reduziert.

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- **Betriebsausflug/Weihnachtsfeier der Verwaltung**
- Änderungsantrag der SPD: der Ansatz wird lediglich um 1000 €
reduziert.

Abstimmung Änderungsantrag:

20 Stimmen dafür, 15 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

Abstimmung Ursprungsantrag in geänderter Form:

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

5. Antrag der CDU-Fraktion

Gemeindeverwaltungsreform 2010

Im Haushalt wird eine Haushaltsstelle "Gemeindeverwaltungsreform"
geschaffen und mit 100.000:€ ausgestattet.
Für das Jahr 2011 werden im Finanzplan ebenfalls 100.000 eingestellt.
Eine externe Unternehmensberatung wird beauftragt, die
Verwaltungsabläufe einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und
aufgrund dieser Analysen, Einsparungspotenziale zu ermitteln und
Änderungen im Prozess- und Personalbereich vorzuschlagen.

Abstimmung: 17 Stimmen dafür, 19 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

6. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Verschiebung Instandhaltung Büchereitür

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

7. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Übereignung Sportlerheim an FC Büdesheim: Sperrvermerk

Abstimmung: 36 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

8. Antrag der SPD-Fraktion

Studie Dorfladenkonzept- Oberdorfelden

Abstimmung: 33 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Einsparungen für Prüfung nicht ortsfester Elektrogeräte

Abstimmung: 36 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

10. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/die Grünen, FDP

Schilder und Aufbau der Fahrradwegweisung in und um Schöneck

Abstimmung: 36 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

11. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

"Deckelung Straßeninstandhaltung auf TEUR 100"

Die Haushaltspositionen wird für 2011 von 147.000 € um 47.000 € auf
100.000 € reduziert.

Es werden nur die absolut dringlichen Instandhaltungsarbeiten
durchgeführt.

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

12. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Benjes-Hecken und Nidder-Retensionsflächen

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kostendeckende Friedhofsgebühren

Ab dem Jahr 2011 wird der Deckungsgrad des Friedhofes auf 100 %
angehoben (Anm.: bisher 62 %), in dem die Summe der Erträge von
166.500 € um 89.398 € auf 255.898 € erhöht wird und die nicht dem
Friedhof zuordenbaren Aufwendungen in Höhe von 10 % heraus gerechnet
werden. Die Gebührensatzung ist entsprechend anzupassen.

Abstimmung: 5 Stimmen dafür, 31 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

14. Antrag der Fraktion Bündnis 90 die Grünen

Studie kommunale Klimaschutzmaßnahmen

Die Haushaltsposition 6771000 wird für 2010 mit 30.000 € für eine
Studie/Gutachten zu kommunalen Klimaschutzmaßnahmen ausgestattet.
Für einen Zuschuss des Bundes für das oben genannte Vorhaben werden
auf der Haushaltspositionen 5410600 für 2010 € 20.000 eingestellt.
Änderungsantrag der SPD Fraktion: der Beschluss wird wie folgt erweitert:
in 2010 und 2011 werden jeweils Euro 20.000 für die Förderung und
Durchführung der Maßnahme eingesetzt.

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

15. Antrag der SPD Fraktion

Deckt sich inhaltlich mit Antrag 16

16. Antrag der CDU Fraktion -SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen einen im Kern gleich lautenden Antrag, nämlich:

Streichung Pläne für die Installierung von Schallschutz im Bürgertreff Kilianstädten vorgesehenen 65.000 €.

Die für die Installierung von Schallschutz im Bürgertreff vorgesehenen
65.000 € werden im Haushalt 2010 gestrichen.

Abstimmung: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

17. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Deckt sich inhaltlich mit Antrag 16

18. Antrag SPD Fraktion

Software Büchereien

Abstimmung: 36 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

19. Antrag CDU Fraktion
Gebührenordnung für Kulturscheune

Abstimmung: 16 Stimmen dafür, 19 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

20. Antrag CDU Fraktion
Differenzierung im Haushalt zwischen den verschiedenen
Gruppierungen in den Kindertagesstätten (U3, Kindergarten, Hort)

Abstimmung: 17 Stimmen dafür, 19 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

21. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kindergelderhöhungen für Hortgebühren

für die Haushaltsstelle 4060446401 wird der Ansatz wie folgt erhöht: für das Jahr 2010 um 3000 €, für die Jahre ab 2011 um jeweils 7200 €. Für die Haushaltsstelle 4060446402 wird der Ansatz wie folgt erhöht: für das Jahr 2010 um 2000 €, für die Jahre ab 2011 um jeweils 4800 €. Dazu werden ab dem Schuljahr 2010/2011 die Hortgebühren um 20 € pro Monat und Kind erhöht.

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 16 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

22. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einsparungen bei der Feuerwehrausstattung

Die SPD Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Der Ansatz in Höhe von 206.500 € für das Jahr 2011 wird um 80.000 € (Digital Funk) reduziert. Für 2012 werden 50.000 € (Digital Funk) eingestellt. Satz 1 des Antrags wird ersatzlos gestrichen

Abstimmung: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

23. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einsparungen bei der Feuerwehr GWG

Der Ansatz in Höhe von 21.370 € für das Jahr 2010 wird um 6000 € reduziert auf 15.370 €.
Der Ansatz in Höhe von 30.750 € für das Jahr 2011 wird um 10.000 € reduziert auf 20.750 €

Abstimmung: 5 Stimmen dafür, 31 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

24. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einsparungen Rathaus Budesheim - Umgestaltung Zugang

Der Ansatz in Höhe von 45.000 € für das Jahr 2011 wird gestrichen.

Abstimmung: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

25 und 27. Anträge der SPD Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen
Spielplatz „Auf dem Wald“

der Ansatz von 115.000 € im Finanzplan für 2011 ist um 35.000 € auf 80.000 € zu senken.

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

26. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP
Spielplatz „Auf dem Wald“

Verschiebung der Baumaßnahmen ohne Kostenreduzierung auf das Jahr 2013 .

Abstimmung: 17 Stimmen dafür, 19 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

28. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einsparungen Sportvereine

Der Ansatz in Höhe von 6220 € für das Jahr 2010 wird um 1220 € reduziert auf 5000 €. (*Anm.: Beleuchtung und digitale Uhren*)
Der Ansatz in Höhe von 500 € für das Jahr 2011 wird gestrichen

Abstimmung: 5 Stimmen dafür, 30 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

29. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einsparungen Straßenbau

Abstimmung: 35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

30. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einsparungen/Verschiebungen Straßenbau/Planungskosten
3. Bauabschnitt Frankfurter Straße/Niederbergring/Herrnhofstraße

Der Ansatz in Höhe von 20.000 € für das Jahr 2010 wird mit einem Sperrvermerk versehen, die er durch den Ausschuss für Strukturplanung-Bauen und Verkehr aufgehoben werden kann.

Der Ansatz in Höhe von 20.000 € für 2011 wird um 15.000 € auf 5000 € gekürzt. In 2012 sind 15.000 € Planungskosten einzusetzen.

Die Baumaßnahme wird in 2013 durchgeführt.

(*Anm.: Verschiebung der Baumaßnahme um ein weiteres Jahr*)

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

31. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Naturdenkmal alte Platane

Abstimmung: 36 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

32. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einsparungen Bauhof: Fahrzeug

Der Ansatz in Höhe von 30.000 € für das Jahr 2011 wird gestrichen.

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

33. Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einsparungen Bauhof: Laubgebläse

Der Ansatz in Höhe von 1800 € für das Jahr 2010, und der Ansatz für das Jahr 2011 in Höhe von 1800 € werden jeweils um 900 € reduziert.

Abstimmung: 5 Stimmen dafür, 31 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

34. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
aufwandsneutrale Förderung von Energiesparhäusern im Baugebiet
„Auf dem Wald“

Abstimmung: 5 Stimmen dafür, 31 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

35. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Zuschuss kulturelle Vereine

Der Ansatz in Höhe von 940 € für das Jahr 2010 wird gestrichen.

Abstimmung: 5 Stimmen dafür, 31 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

36. Antrag CDU Fraktion (wurde zurückgezogen)

37. Antrag der CDU Fraktion
Aufhebung der Haushaltssperre für das Budget der Feuerwehr

Die im Konsolidierungsprogramm vorgeschlagene 10-prozentige Haushaltssperre findet für das Budget der freiwilligen Feuerwehr keine Anwendung.

Abstimmung: 14 Stimmen dafür, 19 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen

IX. Haushaltsplan 2010/2011

Dem Entwurf des Investitionsprogramms und des Finanzplans für den Planungszeitraum 2010-2014, festgestellt durch den Gemeindevorstand am 4. November 2009, wird zugestimmt.

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

X. Aufstellung eines Konsolidierungsprogramms

Für den Planungszeitraum 2010-2014 wird gemäß Paragraph 92 Abs. 4 in Verbindung mit Paragraph 24 Abs. 4 GemHVO - Doppik das nachfolgende Konsolidierungsprogramm beschlossen.

Abstimmung: 19 Stimmen dafür, 14 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen

Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2010 und 2011

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

es ist eigentlich grotesk zu beobachten, was sich heute hier abspielt. 37 Gemeindevertreter versuchen, einen dem Tod Geweihten mit Salbeibonbons und Kamillentee zu reanimieren.

Der Ergebnishaushalt der Gemeinde Schöneck gleicht diesem Bild in frappierender Weise. Die Einnahmesituation ist im Jahre 2009 und in den folgenden Jahren in erschreckender Weise zurückgegangen. Gleichzeitig aber, und das ist das Beunruhigende, steigen die Ausgaben beziehungsweise die Kosten unaufhaltsam und bescheren der Gemeinde Jahr für Jahr ein um rund eineinhalb Millionen Euro wachsendes Haushaltsloch, das sich Jahr für Jahr um eben diesen Betrag vergrößert. Keiner weiß wohin die Entwicklung noch gehen soll, und keiner aus ihren Reihen, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, sieht die Möglichkeit oder hat den Willen dieser Entwicklung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Aber genau das will die CDU und ist bereit, einen vielleicht unangenehmen und unpopulären Weg zu beschreiten.

Sie fordert deshalb, eine externe Unternehmensberatung zu beauftragen, sämtliche Prozesse in der Verwaltung der Gemeinde zu analysieren, Vorschläge zur Straffung und Vereinfachung der Abläufe zu erarbeiten und bei der Implementierung derselben zu helfen (=> **Antrag 5**). Dazu gehört auch eine Überprüfung der freiwilligen Leistungen und Gebührensatzungen. Es gibt keine Heilige Kuh, die tabuisiert wird.

Gerne werden von Rot-Grün die relativ hohen Kosten von rund 100.000 Euro im Jahr 2010 als Argument gegen ein solches Unterfangen aufgeführt. Rechnen Sie jedoch die von den Grünen beantragten und von den Roten auf 70.000 Euro aufgestockten Ausgaben für ein absolut entbehrliches und unnützes Klimaschutzgutachten (=> **Antrag 14**) und dessen Umsetzung und zusätzlich die in den Sand gesetzten Ausgaben von rund 16.000 Euro für ein Jugendzentrum dagegen, dann ist die Differenz zu diesen Beratungskosten minimal und vernachlässigbar.

Das wäre, um wieder zu dem Bericht des Kranken zurückzukommen, die erforderliche Diagnose, die dann in eine Erfolg versprechende Therapie mündet. Man beschränkt sich jedoch, wie schon in der Vergangenheit, auf kosmetische Operationen, doktert hier und da an den Symptomen herum, ist aber nicht bereit, verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert Politik für unsere Kinder und Enkel zu machen.

Ein Ende des Schuldenmachens ist nicht abzusehen und es gibt keinerlei, ich wiederhole keinerlei, ernst zu nehmende Bemühungen in den rot/grünen Kreisen, die Haushaltssituation mittelfristig zu bereinigen und die Finanzen der Gemeinde auf feste Füße zu stellen. Vordergründig ist man in Mehrheitskreisen nicht bereit, das für dieses Projekt notwendige Geld in die Hand zu nehmen, obwohl sich die im Haushalt bereitzustellenden Mittel kurzfristig amortisieren würden. Ziel des Antrags ist es nicht, Geld auszugeben, sondern mittel- und langfristig dem finanziellen Ruin entgegen zu wirken.

Das ständige Gejammer und der Versuch, anderen wie Bund, Land, Europa und wer weiß wem noch... den schwarzen Peter für die Haushaltsmisere zuzuschieben, ist nichts anderes als anderen die Schuld für die selbst verursachte Finanzsituation zuzuschieben. Auch vor der Finanzkrise und dem Einbruch der Steuereinnahmen hatte Schöneck erhebliche Probleme, die laufenden Kosten im Ergebnishaushalt zu decken. Strukturelle Probleme gab es da schon mit wenigen Ausnahmen seit Jahren, die jedoch durch zeitweise erfreuliche Gewerbesteuererinnahmen zugetüncht wurden. Private Unternehmen sind gewohnt, Unternehmensberater im Haus zu haben und haben keine Angst vor unpopulären Entscheidungen. Hier in Schöneck sind alle klüger als der Rest der Welt, kennen schon die Ergebnisse einer Untersuchung bevor diese überhaupt stattgefunden hat und es werden aus der linken Ecke Befürchtungen geäußert, Vorschläge einer Unternehmensberatung würden zu einem personellen Kahlschlag führen und die Aufgaben der Verwaltung würden nicht mehr erfüllt werden können.

Wir geben Ihnen Recht, meine Damen und Herren, es wird zu unpopulären Maßnahmen kommen müssen. Jedoch haben die Gemeindevertretung und ihre Ausschüsse die Möglichkeit, die Vorschläge einer Unternehmensberatung eingehend zu prüfen, zu diskutieren und für Schöneck die richtigen politischen Entscheidungen zu fällen. Mit Ablehnung dieses Antrags nehmen Sie uns allen die Möglichkeit, von neutralen, nicht an politische Vorgaben gebundenen Fachleuten Vorschläge zu einer Kosten senkenden und Einnahmen verbessernden Gemeindeverwaltungsreform zu bekommen. Sie nehmen uns die Möglichkeit, die Finanzen der Gemeinde im Bereich des Ergebnishaushaltes auf eine neue Basis zu stellen.

Sie arbeiten in die entgegen gesetzte Richtung: Ich wiederhole es noch mal an dieser Stelle: Sie geben in den beiden kommenden Jahren 70.000 € für ein Klimaschutzgutachten aus. In Zeiten, in denen das Defizit im Ergebnishaushalt Jahr für Jahr um mehr als 1,5 Millionen € steigt, sind Ausgaben dieser Art nicht verantwortlich.

Des Weiteren soll heute hier kein Doppelhaushalt verabschiedet werden (=> **Antrag 1**). Die CDU möchte in einem ersten Schritt den Haushalt 2010 beschließen und dann Ende 2010 den Haushalt für das Jahr 2011 mit allen sich neu ergebenden Steuerschätzungen, heute nicht absehbaren Lohnsteigerungen und all den anderen nicht voraussehbaren Entwicklungen neu beraten. Ein Antrag dieser Art wurde im Haupt und Finanzausschuss mit wenig stichhaltigen Gründen abgelehnt. Vordergründig wurde auf die Arbeitsbelastung der Finanzverwaltung in der Gemeinde hingewiesen. Schaut man jedoch in den Kalender, so wird man erkennen können, dass im März 2011 Kommunalwahlen anstehen. Weder die Mehrheitsfraktionen in der Gemeindevertretung noch der Bürgermeister möchte zu diesem Zeitpunkt eine Diskussion über die miserable Finanzsituation der Gemeinde führen. Dem Wähler soll verschwiegen werden, dass eine Gesundung des Patienten Schöneck unmöglich ist oder in weiter Ferne liegt. SPD und Grüne treten die Prinzipien der Haushaltswahrheit- und Klarheit wissentlich und vorsätzlich mit Füßen.

Eigentlich hätte sich die CDU auf diese Anträge, die sich im Grundsatz mit der Sanierung des Haushalts beschäftigen, beschränken können. Sie hat jedoch, um ihren Sparwillen zu dokumentieren, eine Reihe von Sparmaßnahmen angeregt und sich außerdem zum Konsolidierungsprogramm der Gemeinde bekannt. Sie ist bereit, sämtliche Konsolidierungsmaßnahmen mit zu tragen. Ausnahme ist allein die Budgetkürzung der Feuerwehr, bei dem Mittelkürzungen mit Sicherheitsrisiken verbunden sind (=> **Antrag 37**).

Die CDU fordert, den Bau eines Spielplatzes in Büdesheim „Auf dem Wald“ zu verschieben (=> **Antrag 26**). Einsparungen für 2010: 115.000 Euro. Weitere 65.000 sollen gespart werden durch den Verzicht auf Schallschutzmaßnahmen im Bürgertreff Kilianstädten.

Die CDU ist bereit, selbst Opfer für eine Gesundung des Schönecker Haushalts zu bringen und hat deshalb u.a. die Ausgaben für das Parlamentsessen und das Weihnachtessen des Gemeindevorstandes zur Disposition gestellt (=> **Antrag 4**).

Unverzichtbar für die Fraktion der CDU sind ausreichende Mittel für die Instandhaltung der Straßen im Bereich der Gemeinde Schöneck. Die von den Grünen geforderten Ausgabenkürzungen im Jahr 2011 sind nicht akzeptabel, werden doch die in diesem Winter entstandenen Straßenschäden mit den im Haushalt für 2010 vorgesehenen Mitteln nicht zu beheben sein (=> **Antrag 11**). Auch die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für den Bauhof stillt die Grundbedürfnisse der Gemeinde und kann nicht Gegenstand von Streichungen sein.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Haushalt leider keinerlei zukunftsorientierte Perspektiven aufweist. Er beschränkt sich auf kleine und sehr kleine Ausgabenkürzungen. Zu vermissen ist dagegen der große Coup, den wir hier heute vehement fordern.

Solange die Wurstelei in dieser Art weitergeht, wird Schöneck nie aus den roten Zahlen kommen. Sollten Sie sich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit den Anträgen der CDU zum Haushalt 2010 und 2011 nicht anfreunden können und diese ablehnen, kann der vorliegende Haushalt nicht der Haushalt der CDU sein und eine Ablehnung unter diesen Umständen wäre konsequenterweise unvermeidbar.

Konrad Jung
Fraktionsvorsitzender